

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drostdruck: Tagesblatt Riesner.
Gernsuf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1599
Groszstraße Riesner Nr. 52.

Nr. 150.

Montag, 30. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf., durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrifts-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Künftige Unterhaltungsbeilage „Kämpfer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesner. Geschäftliche: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage.

Berlin. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, dem rund 700 Organisationen aller Parteien angehören, veranstaltete gestern vormittag im Plenarsaal des Reichstags aus Anlaß der fünfjährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrags eine machtvolle Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage. Auf den Rednertribünen sahen man u. a. Reichsanwalt Rath, den Reichsminister Erzemann, Luther, Jares, Brauns, Gehler und Hamm. Nach einleitendem Gesang eines Kinderchores und einigen Begrüßungsworten des Vizepräsidenten des Reichstags Geheimrat Dr. Riesner hielt der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Prof. Dr. Rath das allgemeine Referat, in welchem er klammernden Protest erhob gegen das Verbrechen an unserer Volksgemeinschaft, unserem Volk und unserer Ehre. Er betonte in seinen weiteren Ausführungen: „Deutschland hat vielleicht auch einen Schuldanteil am Kriege durch Fehler, die vor 1914 liegen, nicht aber durch sein Verhalten im Juli und August 1914, wie es ihm fälschlich angeklagt wird.“ Dann sprach, vielfach durch Beifallrufe unterbrochen, der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Gorchich über Ostmark und Schuldfrage, der Reichstagsabgeordnete Herold für den besetzten Westen, der Landtagsabgeordnete Mantke für Oberschlesien, Dr. Dohren für Nordwestfalen, der Reichsminister a. D. und Reichstagsabgeordnete Dr. Dernburg über die Kolonialschuldfrage. Starke Beifall lohnte die Redner. Sinnhaftig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die aus Anlaß der fünfjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1924 im Reichstagsgebäude versammelten deutschen Männer und Frauen aller Schichten und Parteien wünschen Frieden, einen Frieden der Gerechtigkeit. Die Versprechungen des Wilson-Programms sind nicht gehalten worden, und am fünften Jahrestage des Versailler Vertrags ist Deutschland, ist Europa, ist die ganze Welt im Zustand völliger Unordnung. Deutschland hat ehrlich abgerufen, die anderen Völker sind diesem Ruf nicht gefolgt. Trotz des kraftvollen Widerstands der Bewohner im Norden, Osten und Westen wurden dem Reich wertvolle Gebiete abgenommen; mit der Lüge der Kolonialschuld wurde es seiner überzeitlichen Kolonien beraubt. Mit der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege und der deutschen Schuld im Kriege wird es heute noch in der ganzen Welt verunglimpft. Am Tage von Versailles gedenkt das deutsche Volk mit Trauer und Teilnahme der qualvollen Leiden der deutschen Brüder und Schwestern in den abgetretenen und besetzten Gebieten. Es sieht bewundernd vor der Widerstandskraft aller Stämme in Ost und West, in Nord und Süd, die trotz aller Bedrückungen ihre Deutschheit heldenmütig behaupten. Es vertritt, sie im Kampf um ihr Volkstum nie im Stich zu lassen, es gelobt, die Volksgemeinschaft an Rhein und Ruhr mit allen Kräften zu unterstützen in ihrem zähen Widerstand gegen alle Bestrebungen, ihre Heimat vom Vaterland loszureißen oder wie das Saargebiet zu neutralisieren. Das deutsche Volk wird sich nach wie vor mit seiner ganzen Kraft wehren gegen alle Versuche, das Reich zu zerschlagen, die deutsche Wirtschaft zu zerstören und die deutsche Volksgemeinschaft vernichtend zu treffen. Es wird sich nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Verleumdungen des deutschen Namens in der Welt wenden.“

Die deutsche Reichsregierung hat durch Öffnung ihrer Archive der Wahrheit die Bahn geebnet. Reichsanwalt Dr. Erzemann hat die amtliche Aufklärung der Kriegsschuldfrage ausgelast. Wir werden uns einmütig hinter jede Reichsregierung stellen, die in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung und in Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke in amtlich-diplomatischer Verhandlung erklärt, daß die Schuldfrage den geschichtlichen Tatsachen widerspricht, und daß das Schuldverhältnis vom deutschen Volk in wehrloser Stunde unter Protest erzwungen worden ist. Wir verlangen endlich Recht und Gerechtigkeit und einen wahren dauerhaften Frieden. Wir fordern Wiederherstellung unserer Freiheit und unserer Ehre, wir fordern Ansehen und Gleichberechtigung in der Welt.“

Nach abermaligem Chorgesang sprach noch die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Wendt für die deutsche Frau und Wilhelm Tiech von Hochachtung ein Gelübnis der deutschen Jugend. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die eindrucksvolle Rundgebung ihren Abschluß.

Deutscher Reichstag.

Abd. Berlin, 28. Juni 1924.

Am Regierungstische Reichsfinanzminister Dr. Luther, Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Dörfle. Präsident Waltraf eröffnet die Sitzung 10 Uhr 30 Min. Der Reichstag hat am Sonnabend seinen ersten Tagungsabschnitt abgeschlossen und ist gegen den lebhaften Widerspruch der National-Sozialisten und Kommunisten auf unbestimmte Zeit, vorwiegend auf einen halben Monat, auseinandergegangen. Die Sonnabend-Sitzung wurde eingeleitet durch eine heftige Auseinandersetzung zwischen den National-Sozialisten und der übrigen Parteien. Anlaß dazu bot ein national-sozialistischer Antrag auf Aufhebung eines Verteidigungsprozesses gegen den Herausgeber des „Anner“, den Abg. Britsch. Von mehreren Abgeordneten

wurde es als unanständig bezeichnet, daß Britsch durch den Schutz Immunität sich der Kritik entziehen wolle, den Beweis für ganz unbeweisbare Verleumdungen angelegener Männer zu versuchen. Von den National-Sozialisten wurden die scharfen Angriffe mit gleicher Schärfe erwidert. Die Debatte endete damit, daß der Fall an den Geschäftsausschuss zurückverwiesen wurde.

Dann kam die Vorlage der Budgetwiesungen und der in den besetzten Gebieten Verbleibenen zur Sprache. Es lagen verschiedene Interpellationen und Anträge vor, in denen eine bessere Betreuung der Opfer der Befehlungsarmee und Fürsorgemaßnahmen für die jetzt zurückkehrenden Ausgewiesenen verlangt wurde. Die rheinischen Abgeordneten Kroll (Dem.), Esser (D.), Zollmann (Soz.) u. a. klagten übereinstimmend darüber, daß den Ruhrkämpfern die ihnen vom Cuno-Kabinet gegebenen Versprechungen sehr schlecht gehalten worden seien. Besonders das Verhalten des Reichswehrministeriums wurde von allen Rednern scharf kritisiert. Der Minister für die besetzten Gebiete Hoelle schiederte die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Fürsorge in diesem Falle entgegenstellten, und versprach, mit allen Kräften an der Wiederherstellung des Schadens zu arbeiten, der der Bevölkerung im besetzten Gebiet zugefügt worden sei. Es wurde schließlich ein besonderer Ausschuss für die besetzten Gebiete gebildet, der dauernd die Verbindung zwischen Regierung und Bevölkerung aufrechtzuerhalten soll.

Dann wurden die Verträge mit Estland und Litauen in dritter Lesung endgültig angenommen.

Aufwertungsfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann neun Anträge aller Parteien, die Aufwertungsfragen betreffen.

Abg. Derat (Dnat.) fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Es sei ungerade, daß die Gläubiger, namentlich die Hypothekengläubiger, aufsehend die ganze Last des Krieges tragen sollen. An der dritten Steuernotverordnung sei die Regierung gescheitert und habe den Reichstag angefaßt, aber die Gefahr dieser Verordnung nicht gestärkt in den Reichstag zurückgeführt. Eine Veränderung, die dringend nötig sei, werde um so schwerer, je länger man mit der Aufwertung warte. Die Theorie des Sachverständigen-Gutachtens, in welchem sich die Sachverständigen darauf berufen, daß die innere Schuld Deutschlands fortgelassen sei und damit die Höhe ihrer Forderungen begründet, sei falsch. Notwendig sei die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Vorbereitung dieser Gesetze. Eine Einigung müsse auf einer mittleren Linie gefunden werden. Diesen Weg sieht der Redner in dem Vorschlag eines großen Kreises demokratischer Forderungen, die stärker aufgewertet werden sollen. In den Vorzugshypotheken müßte man natürlich alle Hypotheken rechnen, für welche Mündelsicherheit zwangsweise vorgeschrieben war. Einzelheiten müßten im Ausschuss festgelegt werden. Zum Zweck der Verzinsung erlaube eine Diskontierungsbank empfehlenswert, der öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden müßten. Für uns, so schließt der Redner, ist die Aufwertungsfrage eine conditio sine qua non.

Abg. Dr. Oetz (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, wonach die §§ 26 und 32 der dritten Steuernotverordnung über die Miethsteuer aufgehoben werden. Nach dem Antrag soll die Miethsteuer durch eine Wohnungsbauabgabe ersetzt werden. Der Redner fordert Befreiung der Umfahsteuer und Herabsetzung der Lohnsteuer.

Abg. Söllner (Komm.) erbt in dem Kampf der bürgerlichen Parteien lediglich eine Marktförderung der Waffen, welche als Stimmvieh mißbraucht werden.

Abg. Düringer (D.Vp.) hebt hervor, daß die Aufwertungsfrage keine Folge der Interessentenpropaganda sei, sondern eine Folge der Steuerpolitik der letzten Jahre, die eines Rechtsstaats unwürdig sei. Der Redner fordert die Bildung eines besonderen Ausschusses, der das Problem möglichst rasch lösen könnte.

Abg. Lehrenbach (Str.) hält diese Erörterung im Plenum für durchaus zwecklos.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) wirft der Regierung vor, sie zeige eine merkwürdige Unfähigkeit, die deutschen Verlage zu vertreten.

Abg. Dernburg (Dem.) verweist auf die Größe der Not der Aufwertungsfrage. Die Gemeinden dürfe man nicht von der Aufwertungsfrage befreien. Die Staatsrenten müßten in nicht allzulanger Zeit in mäßigen Grenzen aufgewertet werden.

Abg. Emminger (Bayr. Volksp.) vernimmt bei den anderen Parteien jede wirkliche Initiative in der Aufwertungsfrage. Seine Partei allein habe einen fertigen Gesetzentwurf zur Aufwertung eingebracht.

Abg. Dr. Bredt (Wittr.) Vgl.) fordert Aufhebung der Bestimmungen über Mieth in der dritten Steuernotverordnung.

Damit schließt die Aussprache. Angenommen wird der Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Verhandlung der Aufwertungsfrage. Ihm werden die entsprechenden Anträge überwiesen.

Präsident Waltraf teilt dann mit, daß durch die Entscheidung des Wahlprüfungsgerichts, daß die Wahlen in Oberschlesien für ungültig erklärt hat, die Abg. Wolf (Dn.), Niska, Ehrhardt und Bippel (Str.), Jabals und Jendroich (Komm.) ihr Mandat verloren haben.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) beantragt, noch heute eine Sitzung abzuhalten, um zu der Militärkontrolle Stellung zu nehmen. Als er von einer sogenannten Regierung spricht, die keine deutsche Regierung sei, entsteht in der Mitte und auf der Linken große Unruhe. Festige Entrüstungsruufe werden laut.

Abg. Kög (Komm.) unterstützt den nationalsozialistischen Antrag, spricht dabei von Regierungskollaps und wird zur Ordnung gerufen.

Abg. Koch-Beser (Dem.) weist den Präsidenten auf die beleidigenden Äußerungen des Grafen Reventlow hin.

Präsident Waltraf erklärt, daß er die Worte nicht gehört habe. Sollte Graf Reventlow nur von einer „sogenannten Regierung“ gesprochen, so wäre das an und für sich kein Anlaß zu einem Ordnungsruf. Wenn er aber hätte sagen wollen, daß die Regierung die deutschen Interessen preisgegeben habe, so würde der Präsident einen Ordnungsruf erteilt haben. Der Präsident behält sich nach Einsichtnahme in das Stenogramm weitere Schritte vor.

Der Präsident schlägt vor, entsprechend den Beschlüssen des Vorkriegsrechts die Festlegung der nächsten Sitzung ihm zu überlassen. Der Reichstag soll wieder zusammenberufen werden, sobald die Gesetze zu dem Sachverständigen-Gutachten dem Reichstage zugegangen sind. (Man nimmt an, daß das Mitte Juli der Fall sein wird.)

Vor der Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag bezweifelt Abg. Guernard (Str.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Der Präsident stellt die Beschlußfähigkeit fest und schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung also etwa Mitte Juli. Schluß gegen 7 Uhr.

Dem Reichstag ist eine sozialdemokratische Interpellation zugegangen, in der die Regierung gefragt wird, ob sie bereit sei, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund noch vor dem 1. September 1924 zu stellen.

Furchtbares Unwetterungslud in Amerika.

Cleveland (Ohio), 29. Juni. Berichten zufolge hat ein Tornado die ganze Stadt Lorain City weggefegt. Doch infolge der Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen eine Befestigung nicht möglich. 300 Menschen sollen getötet und 500 verwundet worden sein. Beim Einsturz des Theaters sollen 80 Personen getötet und 100 verwundet worden sein.

Cleveland, 30. Juni. Der Wirbelsturm suchte ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung, von Cleveland an den Ufern des Eriesee entlang bis Sandusky, heim. In Lorain, welches der Mittelpunkt des vom Wirbelsturm heimgesuchten Gebietes ist, wird die Zahl der Getöteten auf 250 und der Sachschaden auf 12 Millionen Dollars geschätzt. Aus dem eingestürzten Theater wurden bereits 165 Leichen geborgen. Aus Sandusky wird gemeldet, daß der am Wasser gelegene Teil der Stadt zerstört wurde. Mehrere Personen wurden getötet. Sämtliche Hospitäler sind überfüllt. Alle verfügbaren Truppen der Nationalgarde haben Befehl erhalten, in die betroffenen Städte abzugehen. Der Gouverneur von Ohio hat sich auf den Schauplatz der Katastrophe begeben.

London. (Funkpruch.) Heuter meldet aus Cleveland (Ohio), bisher ist mit Sicherheit festgestellt, daß in Lorain durch den Wirbelsturm 59 Personen getötet und mehrere hundert verletzt wurden. In Sandusky sind 6 Tote und 100 Verwundete, in Cleveland 7 Tote zu beklagen.

Amerika lehnt den Völkerbund ab.

New York. Der ehemalige Kriegssekretär Vates unterbreitete dem demokratischen Konvent den Bericht des Minoritätsausschusses für die Aufstellung des Wahlprogramms, demzufolge Amerika gemäß Wilsons Grundlinien sofort in den Völkerbund eintreten soll. Dieser Bericht wurde von dem Konvent abgelehnt.

Derriots große Wette.

Berlin, 30. Juni. Ueber die letzte Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter von Hoelsch und dem französischen Ministerpräsidenten verlautet bis jetzt nur soviel, daß das Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens zum 1. August in Aussicht gestellt wurde, wenn Deutschland die Gesetze annimmt und zwar in einem Termin, der vorher festgelegt werden mußte. Ob der französische Ministerpräsident dabei feste Zusagen über die völlige Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftsfreiheit in den besetzten Gebieten gegeben hat, darüber hat sich der deutsche Botschafter in seinem Bericht noch nicht genau geäußert. Man nimmt aber an, daß diese Frage noch in den nächsten Tagen mit Ausschluß der Frage der militärischen Stimmung geklärt werden dürfte.

Russisch-englische Differenzen.

London. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Forderungen der Botschafter von Vorkriegsschulden der Barentsregierung große Schwierigkeiten für eine Fortsetzung der englisch-russischen Verhandlungen bilden. Die Ausschüsse, welche die Interessen dieser Gläubiger vertreten haben, halten daran fest, daß die englische Regierung den vollen Kennwert dieser Schulden im Betrage von 60 Millionen Pfund Sterling anerkennen und den Zinsdienst wieder aufnehmen muß. Da die City erklärt, daß sie sich in Verhandlungen mit Rußland erst einlassen will, wenn die Frage der Vorkriegsschulden geregelt sei, ist dadurch der ganze Komplex der Verhandlungen in Frage gestellt.